Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 161 (1995)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Generalmajor Manfred Eisele Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Massnahmen

Erstmals übernimmt ein deutscher General höchste Verantwortung für Planung und Unterstützung von friedenserhaltenden Massnahmen der UNO sowie für deren vorbereitende Ausbildung. Die Ernennung ist ein weiterer Schritt zu vermehrter deutscher Verantwortung in der Völkergemeinschaft. Eisele, der im Jahre 1957 in die Artillerie des deutschen Heeres eintrat, gilt als feinsinniger, dem Generalfeldmarschall Graf von Moltke nachstrebender Offizier mit den Steckenpferden Politik und Zeitgeschichte sowie Skilauf und Bergsteigen. Vorbereitet auf seine neue Aufgabe als «Assistent Secretary General» wurde der Generalstabsoffizier in mehreren Verwendungen bei der NATO sowie als Chef des Planungsstabes auf der Hardthöhe. Nach seiner Tätigkeit als Kommandeur der 12. Panzerdivision war er Amtschef des Streitkräfteamtes in Bonn. Er besitzt somit alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit in der hohen Position.

Bundesregierung will NATO bei Truppenabzug aus Bosnien-Herzegowina unterstützen

Ende 1994 hat sich das Bundeskabinett über eine eventuelle Beteiligung der Bundeswehr zur Absicherung eines möglicherweise bevorstehenden Abzug der UN-Kräfte aus Bosnien-Herzegowina beraten. Es erklärte sich im Grundsatz hierzu bereit. Es wurde aber versichert, dass eine konkrete Anforderung der NATO zurzeit nicht vorläge. Darum sei es nicht notwendig, entsprechende Vorratsbeschlüsse zu fassen. Die Unterstützung könnte sich auf Tornado-Kampfflugzeuge, Schiffe sowie Sanitäts- und Transportpersonal beziehen. Der Einsatz von Boden-Kampftruppen sei aber nicht vorgesehen. Etwa 70 deutsche Offiziere werden dem NATO-Hauptquartier in Sarajevo angehören. Vorher ist eine Zustimmung des Parlamentes mit einfacher Mehrheit aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes erforderlich. Obwohl die Parteienhaltung hierzu unterschiedlich ist, wird eine klare Mehrheit für sicher gehalten. Während Bündnis 90, die Grünen und PDS den Einsatz strikt ablehnen, ist die Haltung in der SPD kontrovers.

Bundeswehr erhält Führungszentrum

Ab 1. Januar 1995 hat die Bundeswehr ein Führungszentrum, das teilstreitkraftübergreifende Aufgaben erfüllen kann. Mit ihm ist es möglich, Verbände des Heeres, der Luftwaffe und der Marine in einer gemeinsamen Operation zu führen und zu befehligen, insbesondere bei Einsätzen wie in Somalia. Das Zentrum untersteht Brigadegeneral Moeden und ist im Führungsstab der Streitkräfte integriert. Der Entschluss zur Aufstellung resultierte aus den Somalia-Erfahrungen. Der Somalia-Einsatz hatte die Bundeswehr vor eine Aufgabe gestellt, für die sie weder ausgerüstet noch ausgebildet war. Weil ihre Streitkräfte von Anfang an mit Blick auf eine Verteidigung gegen die Sowjetunion in die NATO integriert waren und im Verteidigungsfall operativ von ihr geführt werden sollen, verzichtete man auf einen nationalen Stab zur Einsatzführung. Aus historischen und psychologischen Gründen vermied man eine Organisation wie den «Grossen Generalstab» mit einem kommandierenden Generalstabschef. Diese Haltung ist auch unter den veränderten Bedingungen nicht aufgegeben worden. Das Führungszentrum ist keine selbständige Instanz und nicht als Keimzelle für eine generelle Führung der Streitkräfte konzipiert, sondern lediglich ausgelegt, relativ kleine Verbände innerhalb von UN-Einsätzen zu führen sowie Entscheidungen des Ministeriums vorzubereiten und zu koordinieren. Für ein Jahr ist es auf Probe eingerichtet, um dem Generalinspekteur zu berichten und Anpassungen zu empfehlen. Klar ist noch nicht, ob es direkt an die eingesetzten Kontingente Befehle erteilen kann oder allenfalls nur über die Führungskommandos der Teilstreitkräfte.

Der Wehrbeauftragte klagt über das sinkende Ansehen der Bundeswehr

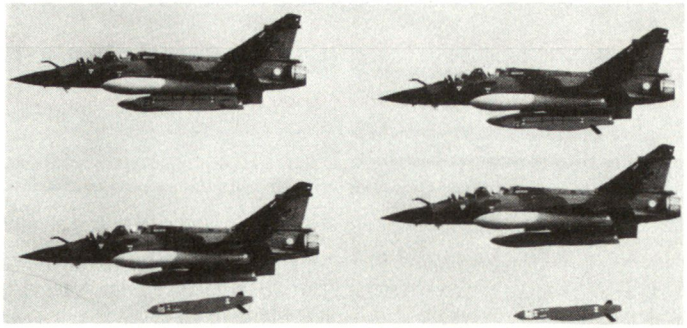
Die Tatsache, dass die Bundeswehr im Ansehen der Öffentlichkeit einen zu geringen Stellenwert habe, müsse bei den Verantwortlichen Alarmsignale auslösen, stellte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages fest. Biehle, der in seiner Dienststellung wiederholt durch kritische Einlässe aufgefallen ist, wies darauf hin, dass die Zahl der Kriegsdienstverweigerer im November 1994 wieder auf mehr als 15 000, gegenüber 7000 noch im Juli, gestiegen sei. Gerade weil das Risiko, ihr Leben einzusetzen, grösser denn je sei, erwarteten die Soldaten einen politischen Konsens in Sicherheitsfragen. Die jüngsten öffentlichen Vorwürfe einer «sexistischen Indoktrination» seien ein «Tiefschlag gegen die Soldaten». Es müsse bei der vorgesehenen Verkleinerung der Streitkräfte auf 340 000 Mann bald Klarheit über den Bestand von Garnisonen und Einheiten geschaffen werden. Hierdurch seien nicht nur die Soldaten, sondern auch ihre Familien betroffen. Der Mangel an bereitwilligen Wehrpflichtigen soll schon dazu geführt haben, dass Männer mit eingeschränkter körperlicher Tauglichkeit für soldatische Grundausbildung herangezogen werden. Tp

Frankreich

Erfolgreicher Test mit dem Marschflugkörper Apache

Ende 1994 hat der von der Firma Matra entwickelte Marschflugkörper Apache seinen ersten Testflug erfolgreich absolviert. Er wurde in rund 800 m Höhe von einem Kampfflugzeug Mirage 2000D über dem Versuchsgelände in Biscarosse abgeworfen und flog dann 140 km weit ins Zielgelände. Dabei lag die Durchschnittsgeschwindigkeit bei 1000 km/h. Für die Navigation wurden auch GPS-Daten verwendet, während ein Radarhöhenmesser den sicheren Konturenflug in niedriger Höhe ermöglichte. Der eingesetzte Marschflugkörper verfügte über einen Gefechtskopf mit Submunition des Typs Kriss (gegen Startbahnen).

Mit diesem Test wurde ein wichtiger Meilenstein der Apache-Entwicklung erreicht. Laut Matra erfolgen die ersten Lieferungen an die Armée de l'Air im Jahre 1998. Bisher hat sich auch die deutsche Luftwaffe für eine Apache-Beschaffung entschieden, und Grossbritannien wird den Flugkörper in die laufende Evaluation einbeziehen. hg



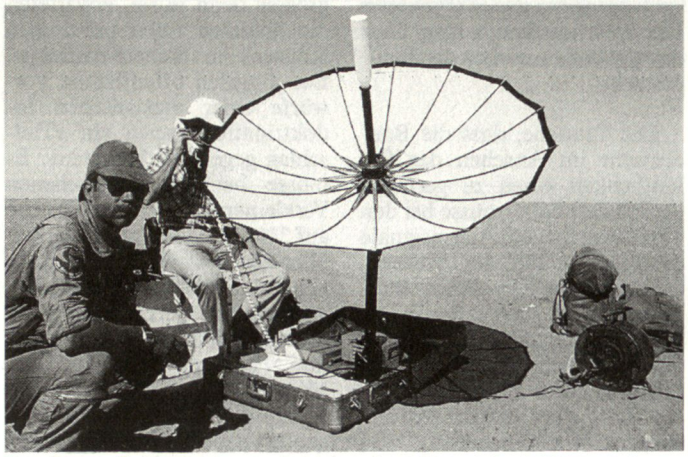
Erster Abschuss eines französischen Marschflugkörpers Apache über 140 km.

USA

Zunehmende Bedeutung von Satelliten-Übermittlungssystemen

Weltweite militärische Einsätze erfordern auch umfassende, weitreichende und störresistente Fernmeldeverbindungen. Die USA sind deshalb daran, ihr militärisches Übermittlungssatellitensystem Milstar möglichst rasch zu installieren.

Die ersten beiden Satelliten



Der letzte Golfkrieg hat aufgezeigt, dass für solche Militäraktionen leistungsfähige, satellitengestützte Übermittlungssysteme benötigt werden.

der Typen DFS-1 und DFS-2 gehören zum Block I und verfügen über eine Nutzlast, die eine Integration von je ca. 100 Übermittlungskanälen zulässt. Die Signale werden verschlüsselt übermittelt und springen über eine Bandbreite von 2 GHz. DFS-1 befindet sich bereits im geostationären Umlauf und DFS-2 soll Mitte 1995 folgen.

Bereits in Entwicklung befinden sich die Satelliten des Block II, die Typen DFS-3 bis DFS-6, die bei der Firma Lockheed gefertigt werden und die sich durch verbesserte Leistungen auszeichnen. Sie verfügen vor allem über noch weiter vergrösserte Übermittlungskapazitäten. Zur Erhöhung der Störungssicherheit sind zudem Punktantennen installiert, die einen Störsender identifizieren, lokalisieren und dessen Signale elektronisch isolieren können.

Die heutigen Planungen sehen vor, dass die beiden Milstar-Satelliten Ende 1995 einsatzbereit sind. Ihre Nutzungsdauer soll sieben Jahre betragen. Anfang 1999 soll mit den Starts der sogenannten Block-II-Satelliten begonnen werden. Diese sollen die zwei ersten Satelliten ablösen. Generalunternehmer dieses Projekts ist die Firma Lockheed Missiles. Die Nutzlasten (Übermittlungssysteme) werden durch die Firmen TRW Space & Electronics Group sowie Hughes Aircraft geliefert. Die benötigten Trägerraketen vom Typ Titan-IV werden durch die Firma Martin Marietta bereitgestellt. Am gesamten Milstar-Projekt sollen künftig rund 8000 Personen beschäftigt sein. hg

Weissrussland

Aktuelle Risiken und Gefahren

Alle Nachfolgestaaten der UdSSR gehen durch einen schmerzhaften Prozess der Etablierung ihrer Souveränität. Es wäre falsch zu behaupten, dass Weissrussland durch spezifische Risiken und Gefahren akut bedroht wäre – es sind vielmehr die für alle Nachfolgestaaten relevanten Bedrohungen, die einer spezifischen Lösung entgegengeführt werden müssen. Im folgenden werden aus interner Sicht, von General-Major A. Jegorov, dem Direktor des Instituts für Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Minsk, die für Belarus geltenden wesentlichen Risiken und Gefahren dargestellt.

Inneres Gefahrenpotential

Die komplexe wirtschaftliche Situation hat zu einem Wust von Problemen geführt, die in sich das Potential zur wirtschaftlichen Krise, Desintegration der Republik, Konfrontation zwischen Gesellschaft und staatlichem System und einem Zerfall der staatlichen Kontrolle über die Situation im Lande bergen.

Die Verschleppung der Reformen hat zu einem weiten Graben zwischen den Preisen für Konsumgüter und dem Realeinkommen geführt. Die belarussische Industrie ist praktisch ihrer traditionellen Märkte beraubt und nähert sich dem Kollaps. Die Investitionsmöglichkeiten von Staat und privatem Sektor sind insignifikant. Ausländische Investitionen können nur angezogen werden, indem rechtliche Garantien gegeben, die staatliche Regulierung der Wirtschaft abgebaut und die Privatisierung beschleunigt werden. All diese Prozesse gehen sehr langsam vor sich, zu langsam.

Das Krisenbewältigungsprogramm, welches der Präsident dem Parlament vorgelegt hat, besteht aus Elementen einer Schocktherapie (Preisliberalisierung und Restrukturierung der Industrie), welche die Inflation begrenzen und die Finanzen stabilisieren sollen. Nach Ansicht der Spezialisten handelt es sich um ein realistisches Programm.

Die Hauptfrage aber bleibt: Kann eine Gesellschaft, die ihrer wirtschaftlichen und psychologischen Ressourcen verlustig gegangen ist, eine Schocktherapie durchstehen?

Die Verbrechensrate nimmt drastisch zu, neue Verbrechensarten wie organisierte Kriminalität, Schmuggel im grossen Stil, Drogenhandel, Schattenwirtschaft (mit einem Anteil von 20–25% an der Gesamtwirtschaft) treten auf. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen spielte die Verbrechenseindämmung und Korruptionsbekämpfung eine massgebende Rolle. Dies weist auf die Perzeption der Akutheit dieses Problems hin, aber auch auf das gesellschaftliche Interesse an einer Lösung desselben. Dabei ist zu vermerken, dass die Verbrechensstatistik in Belarus unter der anderer GUS-Staaten liegt und grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass die staatliche Kontrolle weitgehend funktioniert. Die mafiösen Aktivitäten von Gruppierungen aus dem Süden (Kaukasus) und Osten (Zentralasien) der GUS sind aber im Zunehmen begriffen. Zugleich wirken russische Verbrechergruppen auf die Wirtschaft Weissrusslands ein und suchen sich an der Privatisierung von Immobilien zu bereichern.

Eine Lösung des Problems müsste eine Verstärkung der Rechtsordnung, eine staatliche Unterstützung für private Unternehmen und eine intelligente Steuerpolitik beinhalten, welche die Bildung von Schattenkapitalien unmöglich und unnötig machen würden.

Die kritische ökologische Situation bedroht akut das «genetische Kapital» der Nation. Der Fallout nach der Tschernobyl-Explosion war nach Ansicht von Experten 80mal grösser als der von Hiroshima. Jeder fünfte Weissrusse leidet an den Folgen der Explosion, 20% des Staatsbudgets werden zur Behebung der Folgen von Tschernobyl aufgewendet. Belarus wird international kaum unterstützt und muss weitestgehend alleine mit seinem Problem fertigwerden.

Ein weiteres Katastrophenpotential bilden die altmodischen petrochemischen und chemischen Technologien und die ausgedienten Pipelines, die weiterhin in Betrieb sind. 1992 bis 1994 gab es drei grössere Unfälle an diesen Pipelines.

Man kann also von «technologischen Risiken und Gefahren» sprechen, und ihre Behebung kann nur durch Hartwährungs-Investitionen in die petrochemische Industrie und ihre Infrastruktur erfolgen. Eine erste Investitionstranche müsste etwa 300–400 Millionen USD ausmachen. Die Republik selbst verfügt nicht über diese Finanzen. Man sucht deshalb nach Projekten, die russisches oder westliches Kapital anziehen könnten, um so die petrochemischen Produktionsstätten und Pipelines restaurieren zu können. Eine bleibende Lösung kann aber nur erzielt werden im Rahmen einer Gesamtreform der Wirtschaft im Sinne des dy-

Weissrussland (Bild: Hauptstadt Minsk) ist weiterhin in hohem Masse von Russland abhängig.

namischen Privatisierungsprozesses.

Externe Risiken und Gefahren

Verwundbarkeit gegenüber nichtgewalttätigen Druckanwendungen. Belarus ist in hohem Masse von Energie-, Rohmaterial-, Medikamentenlieferungen aus dem Ausland abhängig, zudem auch von der Lieferung einzelner Lebensmittel und Halbfertigprodukte. Das Land importiert fast 100% seines Energiebedarfs. Die Verhandlungen für einen Beitritt zur Rubelzone waren natürlich inspiriert durch den «Energieschock» vom letzten August, als die russischen Anbieter ihre Lieferungen aufgrund der Schuldensituation stoppten.

Zahlreiche russische Staats- und Parteiführer brachten zum Ausdruck, dass sie nicht weiter an einer Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Weissrussland interessiert seien. Solange ⅔ des nationalen Exports an Russland geht, bleibt Belarus in hohem Masse erpressbar. Zudem besteht schon jetzt eine Verschuldung gegenüber Russland von 2 Mia USD, und Russland dürfte mindestens 40–50% davon einfordern. Ein Linking von wirtschaftlichem und politischem Druck ist hier kaum von der Hand zu weisen.

Dies ist denn auch das brennendste Element der Krise in der belarussischen Sicherheitspolitik und ein Element dazu, das in der Tat die staatliche Souveränität in Frage stellt. Die früheren Republiksführer haben zudem den «baltischen Weg» zur Unabhängigkeit 1991 formell ausgeschlossen und damit die Möglichkeit einer freien Wahl der Aussenpolitik stark eingeschränkt.

Die Moskauer Ereignisse vom Oktober 1993 erwiesen die Abhängigkeit der belarussischen Innenpolitik von der politischen Situation in benachbarten Staaten der früheren UdSSR. Wäre der Putschversuch erfolgreich gewesen, wäre Belarus wohl seinem östlichen Nachbarn als Region, autonome oder Unionsrepublik beigetreten, wie dies dem Szenario der Revoltenführer entsprach.

Ein weiterer ernsthafter Risikofaktor ist mit der geographischen Situation von Belarus verhängt, da ja wichtige Kommunikationslinien zwischen Ost und West durch die Republik führen. Die Sicherheitsorgane verschiedener Staaten betonen die gefährliche Zunahme der organisierten Kriminalität auf dem Territorium. Besonders zu erwähnen sind hier die organisierte Migration aus asiatischen und afrikanischen Staaten nach Westeuropa und Skandinavien, der Drogenhandel und der Waffenschmuggel.

Dafür gibt es verschiedene Gründe: Der Balkankrieg mit seinen Angeboten und Nachfragen, eine unterentwickelte Grenz- und Zollkontrolle in Belarus, eine Liberalisierung der Transitregelung und eine ineffiziente Teilnahme an internationalen Gremien, welche die organisierte Kriminalität zu bekämpfen suchen. Die Situation konnte bislang einigermassen unter Kontrolle gehalten werden, doch könnte eine disproportionale Entwicklung verschiedener Krisenvariablen zu einer echten Krise führen. Ein Verlust der Souveränität und der Implosion der sozialen und wirtschaftlichen Situation bleiben aber auch unter gravierendsten Bedingungen wenig wahrscheinlich. Die Disziplin und Vernunft des belarussischen Volkes bildet einen wesentlichen Stabilitätsfaktor in der sich entwickelnden Sicherheitspolitik der Republik. hg

Russland

Schwerer Mehrfachraketenwerfer SMERCH als Exportschlager?

Die russische Rüstungsindustrie hat in den letzten Jahren eine Reihe neuer Artilleriewaffensysteme entwickelt, die heute praktisch vollzählig auf dem internationalen Waffenmarkt zum Verkauf angeboten werden. Nebst Geschützen diverser Kaliber und dem taktischen Kurzstrecken-Raketensystem TOCHKA-U (SS-21 M) befinden sich darunter auch drei Typen von Mehrfachraketenwerfern:

– das Waffensystem PRIMA (122 mm mit 50 Rohren)
– das Werfersystem URAGAN (220 mm mit 16 Rohren)
– der schwere Mehrfachraketenwerfer SMERCH (300 mm mit 12 Rohren).

Das Waffensystem SMERCH kann mit dem amerikanischen Mehrfachraketenwerfer MLRS (Kaliber 227 mm) verglichen werden. Das russische System hat allerdings eine bedeutend grössere Schussweite von bis zu 70 km. Die einzelnen Raketen haben dabei ein Gewicht von rund 800 kg, wobei ungefähr 300 kg auf den Gefechtskopf entfallen. Es bestehen diverse Typen von Kassettengefechtsköpfen, die entweder Splitter-Bomblets oder Minen (Personen- oder Panzerabwehrminen) beinhalten. Seit kurzem bestehen für diesen Werfer neue Raketentypen, die über ein Flugbahnkorrektursystem verfügen sollen. Mit Hilfe eines Artillerieradargerätes können somit die Raketenflugbahnen verfolgt und grössere Abweichungen kurzfristig korrigiert werden. Damit dürfte auch über grosse Einsatzdistanzen eine wesentlich verbesserte Zielgenauigkeit erreicht werden.

Das Nachladen der Rohre muss nach dem Abschuss einzeln vorgenommen werden. Die Munition wird dabei durch ein spezielles Nachladefahrzeug nachgeführt. Das Nachladen soll etwa 20 Minuten betragen. Nach Bezug einer Feuerstellung kann mit der vorhandenen Besatzung von vier Mann innerhalb von drei Minuten das Feuer eröffnet werden. Auf dem Fahrzeug befinden sich in einer Feuerleitkabine die elektronischen Einrichtungen für die Daten- und Kommandoübertragungen sowie für den Feuerleitrechner. Die Werfersysteme SMERCH können im Verbund, zusammen mit den Mitteln der Artillerieaufklärung, in das automatisierte Kommando- und Feuerleitsystem (Bezeichnung VIVARI) integriert werden. Dadurch wird die Reaktionszeit für Feuerschläge – auch über grosse Distanzen – stark beschleunigt.

Der Raketenwerfer SMERCH wurde in letzter Zeit durch russische Exportagenturen an diversen Waffenausstellungen gezeigt und teilweise auch vorgeführt. Bisher hat Kuwait eine Anzahl dieser Waffensysteme in Auftrag gegeben; weitere Armeen sollen sich an einer Beschaffung interessieren. hg

Mehrfachraketenwerfer 300 mm SMERCH auf Geländelastwagen MAZ-543M.

Nachladefahrzeug 9T234-2, ausgerüstet mit einem Kran sowie der Transportkapazität für einen Satz von 12 Raketen.

Das weltweite Problem mit Landminen (UNO schreibt der «ASMZ»)

Im Dezember letzten Jahres hat der UNO-Generalsekretär Mr. Boutros-Ghali an die internationale Militärpresse den Aufruf gerichtet, einmal mehr auf das weltweite Problem der Landminen aufmerksam zu machen.

Im Verlaufe der vielen Konflikte der letzten Jahrzehnte sind praktisch in allen Krisenregionen der Welt Millionen von Landminen eingesetzt worden. Nach Schätzungen der UNO sind heute in insgesamt 62 Ländern noch weit über 100 Millionen ungeschärfte Minen (Personen- und Panzerabwehrminen) vorhanden. Diese Minen wurden nicht nur in den umkämpften Gebieten abseits der Zivilisation verlegt, sondern meist auch in bewohnten Zonen und in Gegenden, die landwirtschaftlich genutzt werden. Gemäss Angaben einer US-Studie sollen weiterhin jährlich 500 000 bis 1 Million Minen in aktuellen Kriegen verlegt werden. Dabei führt vor allem der zunehmende Einsatz von Streuminen, die mittels Artilleriegeschossen oder Streucontainern ausgebracht werden, zu einer praktisch unkontrollierbaren Verbreitung dieser Kampfmittel.

Nebst anderen Hilfsorganisationen ist gegenwärtig auch die UNO daran, mit Sonderprogrammen dem Minenproblem Abhilfe zu schaffen. In Afghanistan beispielsweise wurden bisher 2000 Leute zu Entminungsspezialisten ausgebildet und ausgerüstet. In Kambodscha sind es deren 1400 während in Mozambique bisher 300 Personen ausgebildet wurden. Allerdings stehen diesen Leuten bis heute nur die altbekannten herkömmlichen Minensuch- und -räummittel zur Verfügung. Damit bleibt das Entminen grösserer Gebiete eine aufwendige langwierige Angelegenheit, die – falls in nächster Zeit keine leistungsfähigeren Systeme entwickelt werden – etliche Jahrzehnte dauern würde.

Tatsache ist, dass heute in diesen Regionen leistungsfähige Minenaufklärungs- und -beseitigungsmittel fehlen. Während die Herstellung einer einfachen Personenmine zwischen 3 und 25 US-Dollar kostet, kommen heute die reinen Beseitigungskosten (mit den herkömmlichen Mitteln) auf 300 bis 1000 Dollar pro Mine zu stehen. Dazu kommt das weiterhin grosse Risiko bei solchen Entminungsaktionen. Beispielsweise sind bisher in Kuwait, wo während des letzten Golfkrieges rund 7 Millionen Minen eingesetzt wurden, bei Entminungsaktionen insgesamt 87 Unfälle vorgekommen; dabei wurden in den letzten Jahren 30 Minenspezialisten getötet.

Auch bei anderen Räumaktionen kommen jährlich Dutzende von Räumspezialisten zu Schaden. hg

Achtung – Minenfelder, ein weltweites Problem, für das eine dringende Lösung gesucht werden muss.

NATO-Osterweiterung stösst auf den Widerstand Russlands

Obwohl die geplante Osterweiterung im letzten Jahr wieder einen Schritt vorangekommen ist, sind die diesbezüglichen Unstimmigkeiten noch nicht beseitigt. Die Allianz hat bei ihrer Herbsttagung im letzten Jahr erklärt, dass sie bis Ende 1995 ein Konzept für die Erweiterung der westlichen Allianz entwickeln will. Die NATO-Botschafter der Mitgliedländer erhielten den Auftrag, Beitrittskriterien für die mittelosteuropäischen Staaten auszuarbeiten und damit konkret die Ausdehnung des Bündnisbereiches voranzutreiben.

Allerdings legte Russland dann sein Veto ein, indem Aussenminister Kosyrew sich weigerte, das bereits in allen Einzelheiten mit den Russen ausgehandelte Abkommen über die militärische und sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» zu unterzeichnen.

Als Grund wurde von Russland offiziell nicht dieses Abkommen selbst, sondern die bevorzugte Behandlung der NATO-Erweiterung im Abschlussdokument als Hauptgrund angegeben. Die Partnerschaft für den Frieden soll gemäss russischen Vertretern dagegen nur zweitrangig und als Begleitprogramm dargestellt worden sein. Russland macht zudem geltend, dass die NATO-Osterweiterung eine akute Gefährdung des VKSE-Vertrages (Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa) mit sich bringen könnte. Dieser auftretende Konflikt zwischen der NATO und Russland zeigt das gegenwärtige geopolitische Dilemma der russischen Aussen- und Sicherheitspolitik deutlich auf. Gemäss Einschätzung der russischen Führung soll der Westen versucht sein, Russland aus der europäischen Sicherheitsarchitektur auszuklammern.

Vorbereitungen für die vorgesehene NATO-Osterweiterung: Die Besuchsaktivitäten zwischen Angehörigen der NATO und Armeeangehörigen aus Osteuropa haben auch im letzten Jahr weiter zugenommen.

Während die NATO bisher eher gelassen auf diese Kontroverse reagierte, tritt offensichtlich Russland der Allianz mit zunehmendem Misstrauen gegenüber. Die NATO wird immer noch als Relikt des kalten Krieges betrachtet, das angesichts der von der Russischen Förderation angestrebten Kooperation und Partnerschaft als überflüssig und hinderlich empfunden wird. Russische Vorschläge zielen ua darauf ab, die KSZE als einzige und effektive Organisation eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit zu etablieren. Dieser schwelende Konflikt zwischen Russland und der NATO dürfte noch nicht ausgestanden sein. hg ■